

## UNGLEICHVERTEILUNGEN

# Ökonomen und Lebenslügen

Es liegt eigentlich auf der Hand, dass nicht alle Länder gleichzeitig ihre Arbeitslosigkeit durch Exportüberschüsse lösen können. Schließlich sind in diesem Spiel die Überschüsse des einen die Defizite der anderen. Trotzdem ist genau das die Therapie, die Brüssel, Berlin und die Europäische Zentralbank der EU-Peripherie verordnet haben: Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsenkungen.

*Von Norbert Häring*

Ökonomen tun gerne so, als wäre ihr Geschäft die Verbreitung objektiven wirtschaftlichen Sachverstands. „Wissenschaftlich fundiert, nicht politisch sollen die Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik sein“, sagte der neue Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Marcel Fratzscher in seinem Einstandsinterview dem *Handelsblatt*. Er wolle, dass die Forschungsergebnisse des Instituts politisch neutral sind.

Fratzscher drückt damit die Lebenslüge der heutigen Ökonomen aus. Ihre Vorgänger haben zu Anfang des 20. Jahrhunderts scheinbar das Politische aus dieser Sozialwissenschaft verbannt, wie es im ursprünglichen englischen Namen „Political Economy“ zum Ausdruck kommt. In Wahrheit habe sie das Politische ihres Fachs aber nur so tief im Fundament der grundlegenden Annahmen vergraben, dass heutige Ökonomen nicht einmal mehr erkennen, dass sie die Interessen der Bezieher von Kapitaleinkommen zu Lasten der Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Sie bilden sich tatsächlich ein, sie betrieben werturteilsfreie Wissenschaft.

Da es bei der Ökonomik um Menschen und um Gruppen geht, die versuchen, ihre Ziele zu erreichen, manchmal gemeinsam, oft aber in Konkurrenz zueinander, ist schwer zu sehen, wie Ökonomik unpolitisch

sein kann. Es kann keine Effizienz oder ökonomische Vernunft bei der Verfolgung von Zielen geben, ohne dass man definiert, wessen Ziele man sich im Konfliktfall zu Eigen macht.

Die moderne Makroökonomik, die sich mit gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen befasst, definiert Interessenkonflikte dadurch weg, dass sie nur mit einem „repräsentativen Wirtschaftssubjekt“ arbeitet. Es gibt nur Millionen identischer Klone, die immer genau dasselbe tun und gleichzeitig Arbeiter und Kapitalist sind. Interessengegensätze entfallen dadurch. Es kann nur noch darum gehen, das Gesamteinkommen zu maximieren – ohne Rücksicht darauf, wer was bekommt. Wer genötigt wird, das zu rechtfertigen, der murmelt etwas davon, dass es letztlich für alle gut ist, wenn das Bruttoinlandsprodukt steigt. Aber das ist natürlich Unsinn. Wenn etwa die Löhne sinken sollen, damit die Wettbewerbsfähigkeit steigt und das Bruttoinlandsprodukt wächst, dann kann das nicht für alle Arbeitnehmer gut sein. Denn entgegen den ökonomischen Modellen sind die meisten Menschen nicht gleichzeitig auch Kapitalisten, die von steigenden Gewinnen profitieren.

Im Umgang mit den starken Verschiebungen der Einkommensverteilung, die es in den letzten zwei Jahrzehnten gegeben hat, gibt es zwei Klassen von scheinbar „unpolitischen“ Ökonomen. Die einen ignorie-

---

Dr. Norbert Häring ist Kolumnist und Redakteur für Wirtschaftswissenschaft beim *Handelsblatt*.

ren das Thema. Die anderen erklären den stark überproportionalen Einkommensgewinn des oberen Prozents mit objektiven, angeblich kaum änderbaren Faktoren wie der Globalisierung oder technischem Fortschritt.

**D**abei ist es gerade die von den Ökonomen propagierte Politik, die zu der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen geführt hat.

Wenn Unternehmen oder gut verdienende Arbeitnehmer besteuert werden, dann produzieren oder arbeiten sie weniger und bieten damit weniger Menschen Arbeit: So lautet eine der grundlegenden Schlussfolgerungen der Lehrbuchökonomie. Wenn Unternehmen höhere Löhne bezahlen müssen, weil die Gewerkschaften oder der Staat das verlangen, passiert das Gleiche. Entsprechend wurden die Einkommens- und Unternehmenssteuern gesenkt, Arbeitnehmerrechte abgebaut und die Gewerkschaften entmachtet. Das geschah in den angelsächsischen Ländern früher und radikaler als bei uns, weshalb die Konzentration der Einkommen und Vermögen dort viel weiter fortgeschritten ist. Doch ein Blick in die „Struktur-reformen“, die derzeit in den europäischen Krisenländern durchgesetzt werden, zeigt, dass das neue Europa, das derzeit geschaffen wird, genau nach diesem Vorbild gestaltet werden soll.

All diese Schlussfolgerungen der vorgeblich unpolitischen Ökonomik basieren auf der weltfremden Annahme vollkommenen Wettbewerbs. Es gibt in dieser Welt keinen Gewinn. Die Kapitaleseite bekommt eine einheitliche und bescheidene Vergütung für den Kapitaleinsatz. Dazu kommen eine Prämie für das Risiko des Kapitalverlusts und ein normaler Unternehmerlohn. Die im vollkommenen Wettbewerb stehenden Unternehmen verlangen für ihre Produkte genau den Preis, den es sie kostet, eine zusätzliche Einheit herzustellen. Wenn dann auch noch auf der Arbeitnehmerseite voll-

kommener Wettbewerb herrscht, dann wird jeder, ob Kapitalist oder Arbeiter, exakt mit dem entlohnt, was er zur Entstehung einer zusätzlichen Produkteinheit beiträgt. Verlangt der Arbeiter mehr als das, kann ihn der Arbeitgeber nicht mehr beschäftigen, ohne Verlust zu machen. Verlangt der Staat etwas vom Ertrag, müssen die Arbeiter mit entsprechend weniger zufrieden sein, oder sie werden arbeitslos. In diesem perfekten Wettbewerb gibt es keine Basis für Verteilungsstreit und Verteilungspolitik. Alles, was Gewerkschaften oder der Staat in dieser Richtung unternehmen, ist schlicht unvernünftig, denn es schadet denen, denen es helfen soll.

**G**eht man eine Ebene tiefer, so ist die Voraussetzung dafür, dass es diesen perfekten Wettbewerb gibt, die Annahme, dass die Kosten einer weiteren Produkteinheit mit der Produktionsmenge steigen. Ein Auto herzustellen kostet also umso mehr, je mehr man schon hergestellt hat. Das ist eine Annahme, die für die Landwirtschaft und den Bergbau ganz vernünftig ist. Für die zehnte Tonne Getreide, die ich einem Morgen Land abringen will, muss ich mehr aufwenden als für die erste. Für das hundertste Kilo Gold, das ich aus einer bestimmten Mine holen will, muss ich tiefer schürfen als für das erste. Aber ein Unternehmen, das eine Million Autos produziert, kann ein zusätzliches Auto viel billiger herstellen als ein Unternehmen, das nur 1000 Autos im Jahr baut. Das nennt man Vorteile der Massenproduktion.

**A**n sich ist es offensichtlich, dass die Annahme steigender Grenzkosten, wie die Ökonomen das Gegenteil von Vorteilen der Massenproduktion nennen, unsinnig ist. Eine Ökonomen-gruppe um den früheren Vize-Chef der US-Notenbank, Alan Blinder, hat sich trotzdem die Mühe gemacht und bei den Spitzenmanagern der großen US-Unternehmen nachgefragt. Das Ergebnis war: Nur

elf Prozent der Produktion finden unter Bedingungen statt, wie die Ökonomen sie als Normalfall annehmen.

Die Lehrbücher ignorieren diese Studie. Denn wenn es entgegen den Annahmen der Volkswirte Vorteile der Massenproduktion gibt, dann funktionieren deren Modelle nicht mehr und ihre arbeitnehmerfeindlichen Schlussfolgerungen verlieren ihre Basis: Dann gibt es Gewinne und etwas zu verteilen. Denn dann verdienen die großen Unternehmen besser als die kleinen und können ihren Arbeitern mehr bezahlen, ohne Verluste zu machen. Das ist das, was man in der Realität beobachtet. In einer solchen Welt steigen die Gewinne der Unternehmen und ihrer Aktionäre, wenn die Löhne der Arbeitnehmer gedrückt werden, und umgekehrt. Ob daneben die Arbeitslosigkeit sinkt, wenn die Löhne gedrückt werden, hängt von vielen anderen Einflussgrößen ab.

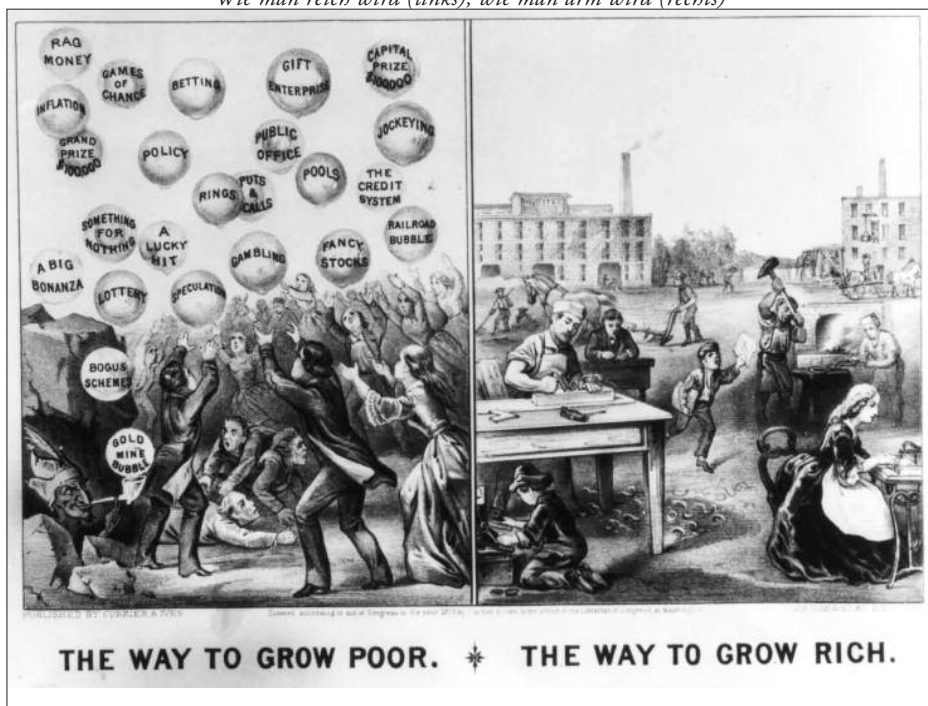
Bei der erfolgreichen Lohnsenkungsoperation, die man mit den Hartz-Reformen verbindet, scheint das gelungen zu sein. Eine wichtige Voraussetzung dafür war allerdings

das Umfeld einer Währungsunion. Dadurch gab es keine deutsche Währung, die gegenüber den europäischen Konkurrenten aufwerten und Produktionskostenvorteil wieder zunichtemachen konnte. Gegenüber dem Rest der Welt war die Aufwertung des Euro viel geringer, als wenn die D-Mark für sich gestanden hätte. Die Folge dieses „Erfolges“ ist nun allerdings, dass die südeuropäischen Empfängerländer unserer jährlichen Rekordexporte so hoch bei uns in der Kreide stehen, dass sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen können.

Die Therapie, die Brüssel, Berlin und Frankfurt (EZB und Bundesbank) dem kranken Euroraum verschrieben haben, lautet: wettbewerbsfähiger werden durch Lohnsenkung.

Aber es liegt auf der Hand, dass nicht alle Länder gleichzeitig ihre Arbeitslosigkeit mit Exportüberschüssen lösen können. Innerhalb der Währungsunion sind des einen Überschüsse des anderen Defizite. Und wenn ganz Europa die Löhne senkt, um „wettbewerbsfähig“ zu werden, dann wertet

Wie man reich wird (links), wie man arm wird (rechts)




der Euro auf und macht den Kostenvorteil wieder zunichte. Wer Vermögen hat, wird dadurch reicher. Wer im Wesentlichen nur seine Arbeitskraft anzubieten hat (also die Mehrheit der Bevölkerung), verliert.

Dennoch wird gemäß den Empfehlungen, die die Ökonomen aus ihren wirklichkeitsfremden Modellen ableiten, in die wirtschaftspolitischen Programme der Krisenländer geschrieben, dass die Renten zu sinken haben, dass die Gehälter der öffentlichen Bediensteten gesenkt werden und dass viele von diesen entlassen werden müssen, dass die Gewerkschaften entmachtet und generell die Gesetze so geändert werden, dass die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer sowohl kollektiv als auch individuell zerstört wird.

Das hat einerseits die Wirkung, dass die Vermögenden einen nochmals deutlich größeren Anteil der Vermögen und Einkommen für sich reklamieren können. Was in dieser Richtung noch geht, zeigen uns die USA, wo das oberste Prozent im letzten Jahrzehnt rund die Hälfte der gesamten nationalen Einkommenssteigerung an sich zieht.

Ihr angebliches Ziel einer wirtschaftlichen Belebung kann diese Strategie nicht erfüllen, weil die theoretischen und praktischen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Sie führt im Gegenteil dazu, dass die Länder, die dieser Strategie unterworfen werden, verarmen. Sie werden entweder noch stärker deindustrialisiert als zuvor, wie zum Beispiel Griechenland. Oder sie spezialisieren sich auf einfache, relativ arbeitsintensive industrielle Produktion, etwa nach dem Modell der baltischen Länder mit ihren extrem niedrigen Löhnen. Im ersten Fall werden sie zu günstigen Rohstofflieferanten der zentral-europäischen Wirtschaft, im zweiten Fall zu verlängerten Werkbänken, zu denen unsere Industrie einfache Arbeitsschritte auslagert.

Die deutsche Wirtschaft wird damit stärker und wettbewerbsfähiger, was unser Einkommensniveau insgesamt hebt. Aber auch innerhalb Deutschlands führt der zunehmende Wettbewerbsdruck auf die Anbieter einfacher Arbeit dazu, dass die Verteilung der Einkommen immer ungleicher wird. 

*Kaum noch Unterschiede zwischen Arm und Reich*

